

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Besonnenheit am 8. Mai!

Wahrung des Reichsbanners. — Stahlhelm und Kommunisten provozieren.

Die Gefahr, daß es am 8. Mai zu blutigen Zusammenstößen kommt, ist sehr ernst. Sie ist gegeben durch die Absicht des Stahlhelms, in den Arbeiterbezirken besonders auffallend auszutreten, sie wird verschärft durch Stahlhelm-Befehle, die wir weiter unten veröffentlichen, und durch die Absicht der Kommunisten, dem Stahlhelm Massen von Demonstranten als Angriffsobjekte entgegenzustellen.

Das Reichsbanner hat für das Verhalten der Reichsbannerkameraden am 8. Mai Anordnungen getroffen, in denen es heißt:

„Die Berliner Ortsvereine des Reichsbanners sind von 9 Uhr morgens am 8. Mai bis 5 Uhr morgens am 9. Mai alarmbereit. In dieser Zeit muß jeder Reichsbannermann, sofern nicht anders über ihn verfügt ist, an seiner Wohnstelle anzutreffen sein, um einem eventuellen Alarmbefehl unverzüglich Folge leisten zu können.“

Die Ortsvereinsvorsitzenden haben sich mit den Gewerkschafts-, Partei- usw. Vorständen in Verbindung zu setzen, ob für bestimmte Baulichkeiten oder Räume vom Reichsbanner Schutz gewünscht wird. Dieser Schutz ist zu stellen. An Mitnehmen von Wertsachen denken. Ueber getroffene Abmachungen ist dem Gau bis 5. Mai zu melden.

Durch einzelne, für diesen Zweck besonders ausgesuchte Kameraden (Beobachtungsgabe, Besonnenheit, Zuverlässigkeit in der Berichterstattung) sind die zuständigen Stadtviertel abzustreifen. Im Falle besonderer Ereignisse sofortige Meldung dem Gau durch Fernsprecher.

Erfolgt der Befehl zum Alarm, erscheint alles in Reichsbannerkleidung, komplett, auf den Alarmplätzen, die auf dem kürzesten Wege erreicht werden müssen.

Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß sich auf der Straße Provokateure in Reichsbannerkleidung zeigen. Auf diese ein scharfes Augenmerk haben. Feststellung der Persönlichkeit! Im Weigerungsfalle entl. Hilfe der Polizei. Das fehlende Mitgliedsbuch wird den Provokateuren entzogen.

Wenn es zu Zusammenstößen zwischen Reichsbannerkameraden und Angehörigen der Rechtsverbände gekommen sein sollte, wird der Gauvorstand den Sachverhalt eingehend prüfen. Ergibt sich hierbei, daß die vorstehenden Anordnungen unbeachtet geblieben sind, dann wird der Gau die Ueberrnahme des Rechtsschutzes ablehnen. Ganz abgesehen von den anderen Folgen, die ein Disziplinbruch unabweislich nach sich ziehen wird.

Kameraden, wahrt an diesem Tage die Manneszucht, zu der ihr euch freiwillig verpflichtet habt, in ganz besonderem Maß.

Der Schutz der Straße ist Sache der Polizei. Wer sich provozieren läßt, dient nicht der Republik, sondern ihren Feinden.

Die Augen aller Republikaner, insbesondere unserer Kameraden im Reich, sind an diesem Tage auf Berlin gerichtet. Wir können das Ansehen unseres Bundes nicht besser wahren als durch Einigkeit, Geschlossenheit und Disziplin.“

Das Reichsbanner hält sich bemüht von der Straße zurück. Es läßt sich nicht provozieren! Die besonnene Berliner Arbeiterschaft wird mit dem Reichsbanner den Stahlhelm unter sich lassen.

Provokation von beiden Seiten.

Stahlhelm und Kommunisten stacheln durch Instruktionen und Sonderrichtlinien die Leidenschaften für den 8. Mai auf. Die Kommunisten haben sich vom Stahlhelm provo-

zieren lassen, nun ist wieder der Stahlhelm an der Reihe. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht folgende „Sonderrichtlinien für den 7. und 8. Mai“, die am 25. April von der Stahlhelmleitung herausgegeben worden sind:

1. Diese Sonderrichtlinien sind unbedingt geheim zu halten und dürfen von einzelnen Kameraden unter keinen Umständen mitgeführt werden. Kameraden in dauernben bzw. zeitweiligen Führerstellen haben diese Sonderrichtlinien zu vernichten, sobald Instruktion der Gruppen stattgefunden hat.
2. Das Auftreten der St. G. hat nach dem Prinzip zu erfolgen, den Eindruck der Ueberlegenheit und der Herrschaft auf der Straße in alle neutralen und feindlichen Zuschauer hineinzuhämmern. Dies kann erreicht werden
 - a) durch straffes, militärisches Auftreten eines jeden einzelnen,
 - b) durch sofortige rücksichtslose Abwehr eines jeden Angriffs oder Angriffsversuches,
 - c) durch gelegentliche Statuierung eines Exempels, falls Umstände günstig.
3. Es ist unbedingt notwendig,

daß bei jedem Zusammenstoß auf die linksradikalen Organisationen das Odium des Angreifers fällt.

Aus diesem Grunde sind Kollisionen da zu vermeiden, wo die Schuld auch nur in Frage gezogen werden könnte.

4. Nach jedem Zusammenstoß hat der Führer oder betreffende Dienstälteste grundsätzlich sofort Anzeige auf der nächsten Wache zu erstatten. In Frage kommen Körperverletzung, Landfriedensbruch, eventueller Mordversuch. Es kommt viel darauf an, wer zuerst die Anzeige erstattet, besonders wenn Polizei bei dem Zusammenstoß nicht zugegen war.

5. Jedem angegriffenen oder bedrohten Kameraden ist unverzüglich Beistand zu leisten. Auch eine Abwehr darf keinen schwächlichen Eindruck machen, sondern muß aus Prestigegegründen von offensivem Geist getragen sein.

6. In den Bezirken C, C', N', und N' und B, 7 ist vor allen Dingen

alleräußerste Kampfbereitschaft geboten.

In diesen Bezirken dürfen sich nur Gruppen in mindestens Zugstärke (30 Mann) bewegen.

7. Trotz der angemessenen Weisungen an die Schupo ist mit Zusammenstößen zu rechnen. Meldungen über solche sind sofort an die St. L., Luisenstraße 18, zu richten. Den Weisungen der Schupo ist unter allen Umständen Folge zu leisten. Bei drohenden Ereignissen des RFB. haben sich die St. Kameraden der Polizei zur Hilfeleistung zur Verfügung zu stellen.

Nachmalts: Höchste Kampfbereitschaft und nötigenfalls: Terror gegen Terror.“

Diese Richtlinien atmen den Geist der Provokation: offensiver und ausgesprochener noch als die „Instruktion der Kommunisten“. Das Ziel: Nachtkampf um die Straße. Stahlhelm und RFB. wollen den Krieg, sie suchen sich die Schuld am Kriege zuzuschreiben. Die Polizei wird schwere Arbeit haben, jede Provokation zu unterdrücken. Wir hoffen, daß sie angesichts des offenen Stahlhelmbekennnisses zum Terror, jedes provokatorische Auftreten des Stahlhelms in den Arbeiterbezirken rücksichtslos im Keime ersticht!

Guadalajara.

Religiöser Fanatismus und Eisenbahntentat.

Guadalajara — dieser fremde, wenig bekannte Ort ist plötzlich weltberühmt geworden im Zusammenhang mit der Tat, die in einer Meldung als — „das erschreckendste Verbrechen der Geschichte“ charakterisiert wurde: in der Nähe von Guadalajara in Mexiko wurde nämlich ein Eisenbahnzug überfallen und verbrannt, und die Reisenden auf die grausamste Weise ermordet, — von „Räubern“, wie die bürgerlichen Telegraphenagenturen zunächst mitteilten, von „katholischen Extremisten“, wie die mexikanische Regierung behauptet, indem sie auch die Namen der katholischen Priester angibt, die den Ueberfall leiteten. Es war jedoch schon nach den ersten Beschreibungen vollkommen klar, daß es sich hier nicht um einen Ueberfall von Räubern handelte, sondern um eine Tat, die mit der bestialischen Grausamkeit des wildesten politisch-religiösen Fanatismus ausgeführt wurde. Wer während der letzten Monate die Ereignisse in Mexiko verfolgt hat, der weiß, wie untrennbar ein derartiger Fanatismus mit dem Namen Guadalajara verknüpft ist.

Guadalajara ist die zweitgrößte Stadt Mexikos und die Hauptstadt des Einzelstaates Jalisco. Seit dem Ausbruch des offenen Konflikts zwischen der Calles-Regierung und der katholischen Kirche wurde Guadalajara zum Mittelpunkt der katholischen Rebellion. In der Umgebung von Guadalajara sammelten sich die Banden der Aufständischen, als den Hauptanführer, der seit einiger Zeit verschwundene Erzbischof von Guadalajara Francisco Drozco y Jimenez genannt wird. „Wollen Sie die ganze Wut und Erbitterung des Kampfes, der zwischen der Calles-Regierung und der mexikanischen katholischen Kirche ausgefochten wird, sehen, fühlen und mit jedem Atemzug einatmen, dann fahren Sie nach Guadalajara,“ so schrieb Anfang April ein amerikanischer Schriftsteller nach seiner Rückkehr von einer Reise durch Mexiko. Ende März wurde in Mexiko ein Aufruf der katholischen revolutionären „Junta“ verbreitet, worin die Unzulänglichkeit des wirtschaftlichen Boykotts als Kampfmittel gegen die Regierung festgestellt und alle Katholiken zum bewaffneten Kampf aufgefordert wurden.

Schon vorher hatten die katholischen Aufständischen gedroht, daß sie nach dem 18. März jeden durch Militär bewachten Eisenbahnzug überfallen würden. Bereits am 20. März wurde ein Eisenbahnzug überfallen und teilweise verbrannt, jedoch ohne die furchtbare Grausamkeit, die den Ueberfall von Guadalajara auszeichnete. Ein zweiter Ueberfall, am 12. April, wurde von den Soldaten, die den Zug begleiteten, abgeschlagen. Dann folgte der Ueberfall von Guadalajara. „Vivo Christo Rey!“, „Hoch lebe König Christus!“ — mit diesem Kampfruf der katholischen Rebellion drangen am 20. März die Angreifer in die Wagen ein, und mit dem gleichen Ruf führten sie die Schreckenstat des letzten Ueberfalls aus. Wieder, wie schon so oft in der Geschichte, werden jetzt in Mexiko in Christi Namen die entsetzlichsten Bluttaten verübt.

Wir geben hier keine offiziellen oder offiziellen propagandistischen Darstellungen der mexikanischen Regierung wieder, sondern benutzen absichtlich nur diejenigen (amerikanischen) Quellen, deren Sympathien nicht auf Seiten der mexikanischen Regierung stehen. Diese Quellen, welche die früheren Vorkommnisse und Zusammenhänge schildern, lassen keinen Zweifel aufkommen, daß der letzte Ueberfall keine Einzelercheinung ist, sondern eine Episode in einem organisierten Kampf, Teil eines systematischen Planes. Die unbeschreibliche Grausamkeit der Angreifer findet ihre Erklärung nur in der psychologischen Atmosphäre, welche die streitbare Kirche geschaffen hat. Die mexikanische katholische Kirche führt ihren Kampf gegen die Regierung in der Form eines religiösen Bürgerkrieges, obwohl die mexikanische Regierung gar nicht die Religion selbst, sondern nur den Mißbrauch der Religion zu Zwecken der sozialen und politischen Reaktion bekämpft. Die Kirche braucht aber diese Verdrehung der Sachlage, um den religiösen Fanatismus gegen die Regierung mobil machen zu können. Gewiß haben die Bischöfe nicht den Befehl gegeben, Leute zu verbrennen, die mit dem ganzen Kampf vielleicht gar nichts zu tun haben, sie tragen aber trotzdem die volle Verantwortung für das Verbrechen, das unter den mexikanischen Verhältnissen nur die notwendige und unvermeidliche Folge ihrer Kampfmethoden war.

Besteht nach dem schrecklichen Vorfalle von Guadalajara wenigstens die Hoffnung, daß die Kirche nach solchen Folgen vor ihren eigenen Kampfmethoden zurückschrecken wird? Diese Frage richtet sich nicht nur an die mexikanische Kirche; war sie doch bisher nicht instande, ihre Politik selbständig zu bestimmen, oder zum wenigsten tat sie so, als ob sie dies nicht dürfte. Als vor etwa einem Monat die mexikanische Regierung durch einen Vermittler den Versuch unternahm, mit den führenden Bischöfen zu verhandeln, scheiterten die Verhandlungen schon beim ersten Zusammentreffen, weil die Bischöfe, wie ein Vertreter des Episkopats bekanntgab, erklärten, die Kirche bedürfe für jede Handlung der Genehmigung Roms abzuwarten. Die Calles-Regierung wünscht die Entwicklung der mexikanischen Kirche zu einer nationalen Kirche, die im Rahmen der geltenden Gesetzgebung wirkt und nicht den Staat im Namen einer

Wiking-Prozess vor dem Ende.

Heute Beginn der Plaidoyers.

Im Wiking-Olympia-Prozess vor dem Staatsgerichtshof wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Die Plaidoyers beginnen noch heute, das Urteil ist heute nicht mehr zu erwarten.

(Bericht siehe 2. Seite.)

Arbeiterlöhne im Reichswehrhaushalt.

Die Milchmädchenrechnung eines Admirals.

In der volksparteilichen „Täglichen Rundschau“ sucht ein Vizeadmiral a. D. Kahler wieder einmal schlagend zu „beweisen“, wie schlecht die Sozialdemokratie ist, weil sie den Reichswehretat abgelehnt hat. Nachdem die Tiraden von der Bedrohung der Landesverteidigung nicht recht verfangen haben, findet der besagte Marineoffizier, daß die Sozialdemokratie sogar arbeitserfindlich handele, wenn sie Sparsamkeit von der Reichswehr fordere. Denn — so sagt er und rechnet es im einzelnen aus — ein großer Teil der Reichswehrausgaben verwandelt sich auf dem Wege über Industrieaufträge in Arbeiterlöhne. Also bewahrt der Reichswehretat Zehntausende von Arbeitern vor der Erwerbslosigkeit!

Eine herrliche Rechnung! Mit ihr kann man „beweisen“, daß jede Verschwendung eigentlich doch der größte volkswirtschaftliche Vorteil ist. Denn irgendwo werden ja alle Aufwendungen sich in Arbeiterlöhne verwandeln. Wohl oder übel wird man doch endlich auch einsehen, weshalb die hohen Generalspensionen notwendig sind — wer könnte sonst ihre Diener bezahlen, wer würde ihrem Schneider Arbeit geben, wer die Handlungsgehilfen der Militäreffektengeschäfte

unterhalten, in denen die hohen Herrschaften ihre standesgemäße Ausstattung erneuern?

Wir hoffen nun, daß alle Leser der „Täglichen Rundschau“ sich dafür begeistern werden, 100 Proz. ihres Einkommens an Steuern zu zahlen, damit unsere brave Reichswehr die Arbeitslosigkeit mit Stumpf und Stiel austrotten kann.

Doch das steht wohl auf einem anderen Blatt. Wenn von Steuern die Rede ist, hört die nationale Bestimmung der Besizhenden befallig auf. Stark gedämpft wird sie bereits, wenn durch Wohnungs-, Straßen- und Kanalbauten die Möglichkeit bereitet werden soll, den Arbeitsmarkt zu beleben und Löhne unter das Volk zu bringen, um damit dauernde Werte für die Zivilisation zu schaffen. Für den wackeren Militaristen sind eben die Erzeugung von Rordmüssen und die Soldatenpielerei die einzigen höheren Werte. Deshalb preisen sie selbst die Verschwendung der Reichswehr als Sozialpolitik — was immerhin niedriger gehängt zu werden verdient.

Der Potsdamer Raubmörder verhaftet.

Heute morgen auf der Straße in Potsdam.

Unter dem Verdacht, den Raubmord an dem städtischen Kassenboten Hammermeister am Rüdnberg in Potsdam verübt zu haben, wurde heute vormittag der Arbeiter Ewald Humbeutel auf der Junterstraße in Potsdam verhaftet. Humbeutel hat sich durch verschiedene Aeußerungen verdächtig gemacht. Er ist schon seit längerer Zeit von der Polizei beobachtet worden.

überstaatlichen Autorität bekämpft. Materie führt die Kirche in Mexiko einen rein politischen Kampf, sie ist die Hauptstütze der Gegenrevolution, vertritt die Machtinteressen des feudalen Grundbesitzes, bekämpft die fortschrittliche demokratische und soziale Entwicklung des mexikanischen Staates und seinen Drang nach wirklicher Unabhängigkeit nach außen, auch deshalb, weil der Großgrundbesitz in Mexiko historisch mit dem ausländischen Kapital verbunden war.

Sie möchte aber diesen politischen Kampf als einen Kampf für die Religion hinstellen; sie beruft sich auf den Vatikan, um ihrer Politik die höchste Sanction zu geben und dadurch die Stäubigen zum Aufstande gegen die Regierung zu zwingen. Formell vollzieht sie nur den Willen der höchsten kirchlichen Gewalt, und es ist Sache dieser Gewalt, zu ihrem Spiel unzweideutig Stellung zu nehmen.

Für das mexikanische Volk handelt es sich hier um eine brennende und bitterste Frage, — es ist aber zugleich mehr als eine bloß mexikanische Angelegenheit.

Die katholische Kirche hat ihr Wort zu dem Ueberfall von Guadalupe zu sprechen. Ohne die Ausrede, daß diese Tat ohne Wissen der hohen katholischen Würdenträger begangen wurde. Einen Ueberfall in dieser Form, ausgeführt mit dieser unheimlichen Grausamkeit haben sie bestimmt nicht gewollt. Haben sie aber nach den ersten Ueberfällen, nach der Reihe blutiger Zusammenstöße auch nur ein einziges Wort der Verurteilung und der Warnung ausgesprochen? Es ist viel zu spät, die letzten Folgen zu verwerfen und die Verantwortung für die unerwünschten Taten mit Entschuldigung von sich abzuweilen, wenn diese Taten schon vollzogen sind, mag sein, daß die Vollstrecker viel weiter gegangen sind, als die geistlichen Anstifter es für zulässig hielten. Und, allgemein gesprochen: wer die Religion in den Dienst der Politik stellt und den religiösen Fanatismus als politisches Kampfmittel benutzt, wer dabei den Tätern die Aussicht läßt, durch künftige Absolution von der persönlichen Verantwortung entbunden zu werden, der muß darauf gefaßt sein, daß der von ihm angeführte politische Kampf zu den aller schlimmsten Auswüchsen ausarten kann.

Neues Material gegen Wiking.

Beginn der Verhandlung gegen die „Olympia“. — Die Fortsetzung des aufgelösten Schutregiments Berlin.

E. K. Leipzig, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Zu Anfang der Sitzung wenden sich beide Parteien durch Rechtsanwalt Bloch bzw. Ministerialrat Schönner gegen die Meldung eines Blattes, wonach Ehrhardt einen Vergleich mit der preussischen Regierung anstrebe. Beide Parteien erklären, dieser Meldung völlig fernzustehen. (Wir haben das Gerücht, soweit es die preussische Regierung anging, bereits demontiert.)

Sodann wendet sich die Verhandlung der Vernehmung des Zeugen Oberleutnant Schmidt, des Vertreters des Thüringer Wiking, zu, der schon gestern teilweise in der Geheimföhrung vernommen worden ist. Die Befragung erfolgt hauptsächlich durch Ministerialrat Schönner, der dabei gleichzeitig neues Material zur Verlesung bringt.

Das erste dieser Schriftstücke ist ein Befehl, der eine Parade vor Ehrhardt vorbereitet. Auf vielen Seiten werden dort die genauesten Anweisungen über Auftreten, Aufstellung, Uniform, Orden, Haarschnitt (!) gegeben, wie es bei einer Parade vor Wilhelm dem Chermaligen nicht ausführlicher hätte gesehen können. Besonders wird darauf hingewiesen, daß eine Gruppiertheit gegen Vorgesetzte besteht, daß Zusammenhänge „streng bestraft“ werden. Ministerialrat Schönner fragt, was darunter verstanden wurde. Der Zeuge erwiderte, daß die Strafen im Wiking in Geldstrafen, Entziehung der Rabel und Ausschluß bestanden hätten. Die Gruppiertheit erfolge nur aus alter militärischer Tradition.

Weil befehlender noch ist ein weiteres Schriftstück, das Anweisungen über eine Anstaltenliste gibt. In diesem Schriftstück heißt es:

„Die Anstaltenliste hat einen geheimen Charakter und ist unter Verschluss aufzubewahren, so daß sie bei Hausdurchsuchungen nicht gefunden werden kann und daß Anstaltende die Gliederung unseres Verbandes nicht erfahren.“

Auf diesen Passus vermag der Zeuge nur mit stotternden Ausreden zu antworten, so daß ihm der Vorsitzende Niedner entgegen: „Wenn Sie das Licht nicht zu scheuen drauchten, so hätten Sie doch auch keinen Grund der Geheimhaltung gegen Hausdurchsuchungen.“ Hier greift Rechtsanwalt Bloch ein und behauptet, die Geheimhaltung sei notwendig gewesen, weil in Berlin an den Häusern von gewissen Mitgliedern von Verbänden geheimnisvolle Zeichen angebracht worden seien. Ministerialdirektor Schönner weist unter allgemeiner Heiterkeit darauf hin, daß die polizeilichen Nachforschungen ergeben haben, daß diese Zeichen von Agenten eines Waschmittels angebracht worden seien! Der Wiking wird jedenfalls durch dies Waschmittel in diesem Falle nicht weggewaschen.

Weiter verliest Ministerialdirektor Schönner verschiedene Rundschreiben der Bundesleitung des Wiking. In einem dieser Rundschreiben werden Äußerungen Ludendorffs zitiert, daß die Deutsche Volkspartei Stresemann als freimaurerisch längt aus der schwarzweißen Front ausgeschieden habe,

aber auch die Deutschnationale Volkspartei als eine Partei bezeichnet, die jüdisch-römischen und freimaurerischen Einflüssen erliegen sei. (Große Heiterkeit.)

Der Wiking kritisiert in diesem Rundschreiben seine Auffassung dahin, daß man unter den vielfach möglichen Uebeln das Kleinste zu wählen habe (das bedeutet das Hereingehen in die Parteien), denn man sei noch nicht in der Lage, jezt mit allen Uebeln aufzuräumen. Die nationale Bewegung sei zu getrennt, zu schwach, und man müsse daher durch Umgehungsmanöver die feindliche Position (das Parlament) zu erobern suchen.

Um den Eindruck des neulich verlesenen Verpflichtungscheines abzuschwächen, verliest Rechtsanwalt Bloch einen anderen Verpflichtungschein, der lautet: „Ich verpflichte mich zu strengster Verschwiegenheit, wenn ich nicht in den Wiking aufgenommen werden sollte.“ Es ist ganz klar, daß dieser Verpflichtungschein nicht für bereits aufgenommene Mitglieder ist, sondern daß diese Verpflichtung bereits jedem vorgelegt wurde, der sich auch nur zur Aufnahme meldet.

Kunmehr wendet sich die Verhandlung dem Thema Olympia zu. Der Berichterstatter hält einen Vortrag aus den Akten. Dem Verbot liegt namentlich der bekannte Aufmarschplan des Majors Knauer gegen Berlin zugrunde. Man erfährt aus dem Vortrag, daß nach Ansicht der preussischen Regierung die Olympia die Fortsetzung des aufgelösten Schutregiments Berlin ist und etwa 3000 Mitglieder in 23 Untergruppen umfaßt. Aus Ausführungen des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß bereits gestern in der Geheimföhrung auch über dieses Thema schon verhandelt worden ist, worauf die Vernehmung des Zeugen Wackerzapp schließen läßt, welcher 50 Infanterieregimente an Mitglieder der Olympia verteilte. Dem Vernehmen nach sind gerade in dieser Geheimföhrung sehr wichtige Mitteilungen gemacht worden, die nun leider der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis kommen.

Es wird noch das Urteil des Staatsgerichtshofes gegen die D. C. (Kapitänleutnant Hoffmann und Genossen) verlesen. Der bekannte Satz in den Statuten der D. C. lautet auf „Verräter verfallen der Feinde.“

Kunmehr ist die Beweisaufnahme erledigt. Der Gerichtshof zieht sich zur Beschlußfassung über die wichtige Frage zurück, ob der Zeuge Käsehaage verurteilt werden soll. Die Beratung dauert außerordentlich lange. Der Gerichtshof hat folgenden Beschluß gefaßt: Die Zeugen Lud, Schmidt und Sodenstern werden nicht verurteilt, weil sie an der Sache beteiligt sind.

Der Zeuge Käsehaage wird gleichfalls nicht verurteilt, weil er der Beginnung verdächtig ist.

Nach der Pause wird mit den Plädoyers begonnen werden, und zwar wird zunächst Ministerialrat Schönner für die preussische

Regierung sprechen. Man hofft mit den Plädoyers noch heute zu Ende zu kommen. Die Urteilsfällung ist dagegen heute nicht mehr zu erwarten.

Der Mann aus der Kulisse.

Die Hintermänner der Verleumderbande.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ weist auf einen der Drahtzieher des Plauener Prozesses mit dem Finger:

„In Göttingen auf der Tagung des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes hat sich eine bemerkenswerte Szene abgespielt. Der Regisseur ist aus den Kulissen hervorgetreten, um dem Schauspiel vor der Rampe zu loben! Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Claß, stützte nämlich dem im Plauener Prozeß verurteilten Rechtsanwalt Dr. Müller öffentlich den Dank des Alldeutschen Gesamtvorstandes für den Heidenkampf ab, den Herr Müller „um die Reinheit und Reinigung des öffentlichen Lebens“ geführt habe. Dieser Kampf ist bekanntlich mit gestohlenen Akten und mit dem übelsten Tschaf und Klatsch geführt worden, dessen sich sonst ein Mann schämt, sofern er kein alldeutscher vom Schlage des Herrn Justizrat Claß ist. Wenn nach dem Verlauf und Ausgang des Plauener Prozesses, in dem das ganze von Müller und seinen Helfershelfern aufgerichtete Gebäude halloher Verleumdungen völlig zusammenbrach, Justizrat Claß trotzdem die schühende Kulisse verlassen hat, so haben ihn dazu zweifellos triftige Gründe gezwungen. Hat Herr Müller darauf bestanden, daß der Mann, den die ganze Öffentlichkeit für den wirklichen Urheber und Regisseur des Plauener Prozesses hält, sich auch öffentlich zu seinem Werke bekennt? Wie dem sei, das persönliche Hervortreten des Herrn Justizrat Claß bedeutet eine Klärung, die nur zu begrüßen ist. Bestätigt sie doch politische Zusammenhänge des Prozesses, die bisher bestritten wurden.“

Herr Claß ist aus der Kulisse hervorgetreten, aber die Drahtzieher der Deutschnationalen bleiben noch im Hintergrund. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hat sie um Antwort und Bekenntnis gebeten, aber — ein Narr wartet auf Antwort.

Dr. Rosenberg und die KPD.

Der Austritt Tatsache. — Die „Rote Fahne“ schweigt.

Die heute morgen von uns wiedergegebene Nachricht, daß Dr. Rosenberg seinen Austritt aus der Kommunistischen Partei erklärt hat, bestätigt sich. Rosenberg hat auch bereits dem Reichstag mitgeteilt, daß er aus der kommunistischen Fraktion ausscheidet und künftig als „bei keiner Fraktion“ geführt zu werden wünscht. Er hat sich also auch nicht den „linken Kommunisten“ angeschlossen, für die im Reichstag eine gemeinsame Anwesenheitsliste besteht. Wie verlautet, hat Dr. Rosenberg seinen Schritt in einem ausführlichen Schreiben begründet, das er der „Roten Fahne“ zugesandt hat, das aber bisher von ihr nicht abgedruckt worden ist. Ueberhaupt findet sich in dem sonst doch so rebelligen Kommunistenorgan über diesen Fall kein Wort. Die Leser der „Roten Fahne“ waren heute morgen die einzigen Zeitungsleser in Berlin, die über einen Vorgang, der doch für die kommunistische Partei nicht ohne Bedeutung ist, nichts erfuhren.

„Friedensbewegung und Friedensarbeit in allen Ländern“ sind der Inhalt einer Ausstellung, die vom deutschen Friedensrat zusammen mit anderen Organisationen in München veranstaltet wird. Die Eröffnung erfolgte am Freitag. Die Ausstellung soll später nach anderen Städten als Wanderausstellung geschickt werden.

Ins Bagno! Der italienische Freimaurer-Großmeister Domenico Torrigiani ist zu fünfjähriger Zwangsverschickung verurteilt worden.

In Kowno ist die am 16. April aufgehobene Nachtsperrung in der Stadt wieder verhängt worden. Begründung: Ungewöhnlich äufferst starke Aktivität der Kommunisten. In Wirklichkeit fühlen sich die gegenwärtigen Nachthaber unsicherer denn je, also wahrer Grund: Angst!

„Feiglinge“ von Lenormand.

Renaissance-Theater.

Post festum, das heißt einige Jahre nach der Schweinerei des Krieges, blüht Lenormand seine Spionentragedie. Sie kann in Paris nicht gespielt werden, da der feigste Mann darin ein Franzose ist. Das gefällt sogar den Pariser Geisteskindern von Locarno nicht. Pitoeff, der Russe und wohlhabendste Regisseur der französischen Bühne, läßt das Stück in Genf aufführen. Es wurde seitdem viel diskutiert.

Es ist das Hintertreppendrama eines Weltmannes. Der Verfasser verfügt über samsche Menschenkenntnis. Sein Gedächtnis sammelte auch eine amüsante Reihe scharf beobachteter Typen. So lange der Plauderer nur beschreibend, irrt er sich nicht. Soll er jedoch gestalten und gliedern und psychologisch zuverlässig begründen, so wird er rasend und rennt in die düsterste Kullissee der hinein. So sind die Vorposten, die er als dramatische Hauptpersonen zusammenstößt, höchst zweifelhaft Phantasiegepinste. Doch alle Nebenpersonen, die herumwimmeln, sind verblüffend echt. Es gibt in dem Stück eine italienische Marquise, die den Krieg als Jähwiltin, also als Spezialmedizin zum Steigern der Kolonnenlust gebraucht. Diese schauerhafte Dporettenblüte ist uns während der blutigen Kriegszeit hundertmal in Schweizer Kurwäldern begegnet. Eine ganze Armee solcher sehr potenten Bettamozonen bevölkerte die schweizerischen Sanatorien. Es war eine tragische Operettenarmee von verdrehten Weibern. Sie wurden köstlich aufgeduldet durch die Einbildung, daß hunderttausende an der Front umtamen. Lenormands Marquise ist korrigiert und böß aufgestellt, wenn sie einen Totenschädel süß und charmant findet und zur Masturade als hochaktuelle Farben ihres Kostüms Blutrot und gold auswählt. Doch der Typ ist halbhaft getroffen; auch für die Operettenschauspielerinnen Marietta Dilly, die das Monstrum spielt. Kennt ihr Rodins Kriegsfurie, die sich dem Soldaten in den Rücken hockt und dann wie ein Keiler den armen Krieger vorwärts spornet? Solche Furie für Schwindfuchstribunen im Schweizer Sanatorium ist die Marquise Aqua Tinta.

Es ist Krieg, und man hustet aus kranken Lungen und sticht tüchtig im Sanatorium oben in den Schweizer Bergen. Bei solcher Siegelur sahste Barbuffe den Plan, der Welt den Abscheu vor den Kriegsgeweln zu inspirieren und die Menschen durch dieses „Feuer“ des Entschens zur Vernunft zu jagen. Das Studium solcher Siegelurpatienten gab Thomas Mann die Idee ein, einen Lohrkranken in seiner Bergwerkzauberung alle Clappen der Weltanschauung durchwandern zu lassen. Bei Lenormand ist das Menschenmaterial künstlicher geleistert. Auch lumpiger, auch nicht so stark aus der Tiefe der Erkenntnis und des Gefühls angelegt. Das Drama ist nur ein Theaterstück. Wenn der Vorhang fällt, hat der Theatermacher nicht einmal moralisch recht.

Denn der Franzose, der zunächst als Drückerberger ins Sanatorium kommt und aus dieser Feigheit zum Spion wird, ist ein schließgelesenes Hirngespinnst Lenormands. Ist man so feige wie dieser Franzose, dann ist man nicht so dumm, und ist man geistig nicht so minderwertig, dann ist man es moralisch nicht. Beweis: der französische Spion geht dem deutschen Spionagedeß nicht etwa wie ein ebenbürtiger Halunke ins Garn, sondern als ein Knirps kleinster Kalibers. Der deutsche und französische Spion spielen ein sehr ungleiches Spiel, bei dem die Niederlage des Franzosen gar kein dramatisches Verdienst ist. Uebrigens trogiert Herr Duschinsky diese einfältige Lumperei des Franzosen mit erbblichem Takt und Herr Beidelt, sein teutonischer Gegenspieler, wird von dem auf Kolportage verlesenen Parteit als ein Wunder von Theaterkunst angefaunt. Max Hochdorf.

Neue Säle im Völkermuseum.

Am Donnerstag werden im Völkermuseum sechs neue Säle der Öffentlichkeit übergeben. Sie enthalten die Schaustellung der nord- und mittelamerikanischen Naturvölker und bilden durch die ungewöhnliche Anschaulichkeit ihrer Ausföhrung ein neues Anziehungsfeld dieses überreichen Weltkunstmuseums. Die Ausstellung, die erst jezt, dreiviertel Jahre nach der Wiedereröffnung des Museums vollendet wurde, entspricht den Anforderungen, die man an eine solche Schaustellung stellt, besser als viele der anderen Abteilungen; sie leidet nicht an Ueberfüllung und bringt das künstlerische Element in den Dingen ziemlich rein heraus.

Die Ausstellung beginnt mit dem Norden des Kontinents, bei den Eskimos. Hier überrascht sogleich die Fülle außerordentlich schöner Elfenbeinschnitzereien. Die angeborene Bildkraft dieser nördlichsten Erdbewohner war und ist noch heute sehr groß. Menschen und Tierfiguren in Plastik wie in geritzter Zeichnung (die der Radierung ähnlich sieht) überwältigen durch ihre Lebendigkeit. Vollends die Holzmasken geben über alles Gewöhnliche hinaus.

Die nordwestlichen Fischervölker (Alaska) schließen sich an. Man kennt aus Abbildungen die ungeheuren geschnittenen Ahnenhäute: das gleiche Element überlebensgroßer Phantastik von jähwiltigen Menschen- und Tiergestalten wirkt sich in ihren riesigen Holzschmuckstücken und den kleineren Ahnenstäben aus. Einflüsse von der Südsee sind kaum von der Hand zu weisen. Ein besonders interessantes Moment bildet auch hier die Nachföhrung in der Erfindung mildster Mastengebilde, denen solche von verblüffendem Realismus unvermittelt zur Seite stehen.

Den dritten Raum nehmen die schönen Flechtarbeiten der kalifornischen Indios ein. Da diese Stämme keine Keramik besaßen, wurde in Rörben oft sogar gekocht; und ihre Flechtarbeiten zeichnen sich noch heute durch ungeweine Solidität und Schönheit der farbigen Muster aus.

Die Indianer der großen Prärien schließen sich an. Das Reich Lederstrumps und Old-Schetterbands steigt selbsthaftig auf in den Tomahawks und reich geschönten Friedenspfeifen, die in riesigen Schaulästen der Wikkbegierde unserer Jugend darbieten. Die inter-

essantesten Objekte sind die Mäntel aus Büffelstellen mit mythologischen Jagdszenen von aushaulschter Primitivität herrlich bemalt.

Die Pueblo-Stämme des Südwestens (Arizona usw.) nähern sich mit ihrer Keramik voll geometrischer und phantastischer Tierornamente bereits den Mexikanern. Ihrer Lebensweise nach gehören sie zu den interessantesten Völkern Amerikas. Man hat von ihnen höchst merkwürdige Felsenwohnungen in den Steilhängen der farbigen Canons entdeckt. Noch heute arbeiten die hopps die bunten Götterpuppen, die sowohl dem Kultus wie der Kinderbelehrung dienen, und von ihren sonderbaren und nicht ungefährlichen Singsängentzen gibt eine lebensgroße Figurengruppe Kunde.

Endlich das eigentliche Mittelamerika: aus Guatemala und Yucatan sind gehörnte Teufelsmasken bemerkenswert, deren Form nicht eingeboren, sondern aus Europa in früheren Jahrhunderten übertragen worden ist, die aber vollkommen in den Kult der Indios eingegangen sind. Von mexikanischer Volkskunst — die mit der alten Aztekenkunst nicht zu verwechseln ist und heute noch ausgeübt wird — interessiert die Keramik, meist schwarz auf rot, und die sehr schönen geritzten Ornamente der Kalebassen und Flaschenkrübbe im letzten Saal, von wo der Anschluß an die große Kunst Alt-Mexikos erreicht wird.

Die Eröffnung dieser Räume, wertvoller Zuwachs der Schaustellung, sollte zu erneutem Besuch dieses herrlichen Museums willkommenen Anlaß geben. Dr. Paul F. Schmidt.

Ein Beethovenbuch Herriots. Der französische Unterrichtsminister Edouard Herriot, der sich schon verschiedentlich schriftstellerisch betätigt hat, schreibt nach einem Bericht des „Cyrano“ gegenwärtig an einem Buch, in dem er seine Erlebnisse und Eindrücke während seiner Reise zu der Beethovenfeier nach Oesterreich beschreibt. Das Werk gibt in einer Werberklärung des Schöpfers der „Reuten“, seiner Persönlichkeit und seines Wertes. Herriot versucht sich hier zum erstenmal als Musikschritsteller.

Ein Seeotterföhrgebiet. Die Seeotter, die früher im Beringmeer sehr häufig war, ist jezt auf Kamtschatka so selten geworden, daß ihr baldiges Aussterben befürchtet werden muß. Man hat der Seeotter wegen ihres außerordentlich kostbaren Felzes, für den 8000 bis 10000 Mark das Stück bezahlt werden, in schonungsloster Weise nachgestellt. Um die Ausrottung des Tieres zu verhindern, hat die Sowjetregierung, wie im „Naturforscher“ berichtet wird, das Hauptföhrgebiet der Seeotter, das Kap Lopalka, zum Naturschutzgebiet erklärt und eine „Seeottermacht“ eingerichtet, die jedes unbefugte Betreten dieses Gebietes unmöglich macht.

In der Städtischen Oper wird Mitte Mai die Erstaufführung von „Aufzugsstück“ somischer Oper „Der Zaubermarkt von Sorotshingi“ in Szene geben. Bei dieser Gelegenheit wird das Berliner Publikum die Bekanntschaft mit dem Bühnenmaler Nicolai Benois machen, der die lehrhaften Ausstattungen der Mailänder Scala und der Grand Opera in Paris gemacht hat.

Für den Erfinder der Elektrotonschöher, den österreichischen Ingenieur Robert von Lieben, wurde in Wien am Haus der Rawan eine Gedenktafel enthüllt. In den Ansprachen wurde auf die Bedeutung dieser Erfindung hingewiesen, die erst den Rundfunk ermöglichte und die Voraussetzung für die Entwicklung des Radio-Zentrundfunkpunks geschaffen hat.

Segen die Erhöhung der Postgebühren. Der Großhandel protestiert.

Eine Rundgebung des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels wendet sich mit großer scharfer Schärfe gegen die geplante Erhöhung des Brief- und Paketpostens. Diese würde eine erhebliche Gefahr für die Bemühungen, der Wirtschaft die Gestehungskosten zu senken, bedeuten. Gerade der Großhandel, der mehr als andere Wirtschaftsgruppen auf briefliche Propaganda durch den Versand von Drucksachen und Musterproben angewiesen ist, würde von den Postserhöhungen schwer getroffen werden. Die Abwälzung der Mehrkosten aber würde die Tendenzen stärken, die auf eine weitere Anspannung der wirtschaftlichen Gesamtlage hindeuten.

Eine Erhöhung der Gebühren könnte demnach nicht stark genug verurteilt werden.

Zusammenbruch Panamerikas.

Der Plan des Gegenvölkerbundes gescheitert.

In Montevideo, der Hauptstadt der südamerikanischen Republik Uruguay, tagte seit einigen Wochen der „Kongress des internationalen amerikanischen Rechtes“. An ihm beteiligten sich hervorragende Juristen und Diplomaten aller amerikanischen Staaten, von Argentinien im Süden bis zu den Vereinigten Staaten des Nordens. Seine Einberufung war beschlossen worden auf der letzten panamerikanischen Konferenz. Brasilien hatte, als es aus dem Völkerbund ausschied, demonstrativ seinen Gesandten Vertreter des Völkerbundes zu diesem Kongress delegiert. Er hatte die Aufgabe, den panamerikanischen Völkerbund zu schaffen.

Am Montag ist der Kongress beendet worden, ohne daß „irgendwelche Beschlüsse gefaßt“ wurden. Die Tagung scheiterte an dem nordamerikanischen Imperialismus. Erst am Montag hat Coolidge behauptet: „Imperialistische Ziele liegen den Vereinigten Staaten völlig fern“. Aber schon in dem nächstfolgenden Satz erklärte er: „Für Mittelamerika fühlen wir uns besonders verantwortlich“. Diese Politik der „moralischen Verantwortlichkeit“ hatte in Kolumbien eine Resolution inszeniert, um die Provinz Panama unter nordamerikanische Vormachtigkeit zu bringen. Sie hat kürzlich die Vereinigten Staaten an den Rand des Krieges mit Mexiko gebracht und in Nicaragua die rechtmäßige Regierung beseitigt. So beginnt endlich der nordamerikanische Expansionsdrang die panamerikanischen Illusionen zu zerstören. Die Südamerikaner wollten kein Panamerika, in dem Nordamerika Mittelamerika von Rechts wegen verschlingt. Sie bedanken sich für einen panamerikanischen Völkerbund unter nordamerikanischem Protektorat.

Die Auswirkungen des ergebnislosen Verlaufs der Tagung in Montevideo werden sich gegenüber Europa erst allmählich bemerkbar machen. Aber man wird erwarten können, daß schon in diesem Jahre die südamerikanischen Staaten die Veranstaltungen des Völkerbundes wieder zahlreicher besuchen werden, nachdem sie in den letzten Jahren, in panamerikanischen Hoffnungen befangen, Genuß vernachlässigt hatten.

England wirkt nicht ein.

Es überläßt Südslawien, allein mit Mussolini fertig zu werden.

Paris, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Presse veröffentlicht heute längere Kommentare über den Besuch des neuernannten italienischen Botschafters in London bei Chamberlain. „Echo de Paris“ will wissen, daß die Unterredung in einem außerordentlich persönlichen Tone gehalten war. Der italienische Botschafter habe den Auftrag gehabt, darauf zu verweisen, daß der Vertrag von Tirana unter keinen Umständen in die Diskussion mit Jugoslawien einbezogen werden könne. Im übrigen vertritt der Korrespondent des genannten Blattes die Ansicht, daß der englische Außenminister die Absicht hat, sich aus dem ganzen Konflikt zurückzuziehen und weder in Belgrad noch in Rom weitere Schritte unternehmen zu lassen.

Vertrauen für Tschiangkai-schek.

Beschluß der europäischen Kuomintang-Sektion.

Paris, 27. April. (B.Z.) In Paris ist gestern der 6. Kongress der europäischen Delegierten der Kuomintangpartei zu Ende gegangen. Nach Schluß der Verhandlungen hat der Generalsekretär des Pariser Exekutivkomitees vor Vertretern der Presse Erklärungen abgegeben, die eine Vertrauensumgebung für Tschiangkai-schek darstellen. Er sagte u. a.: Zwischen den Kommunisten und uns ist fortan der Bruch eine vollkommene Tatsache; er war unvermeidlich. Tschiangkai-schek hatte schon vor dem Fall Schanghai beschlossen, sich von dieser Fessel zu befreien. Gewiß, er hatte zunächst die Sowjetpropaganda unterstützt, die ja manches Gemeinsame mit unseren Bestrebungen hatte, aber dieses Experiment ist verhängnisvoll für uns gewesen, wir wünschen es nicht zu wiederholen. Hinsichtlich der Methoden und der zu erreichenden Ziele trennen wir uns vollkommen von Moskau. Die Kuomintangpartei ist national. Die demokratischen Grundzüge Sunjassens sind nicht die Karl Marx' und Lenins. Wir haben ihnen Treue geschworen und vertrauen auf Tschiangkai-schek.

Rätekongress nur noch alle zwei Jahre.

Verfassungsänderung wegen der friedlichen Entwicklung.

Moskau, 27. April. Der Rätekongress der Sowjetunion wählte gestern den aus 585 Mitgliedern bestehenden Hauptvollzugsausschuß der Sowjetunion, darunter ein Drittel Parteilose. Ein Antrag der Vertreter einiger Republiken, den Rätekongress nur alle zwei Jahre statt wie bisher jährlich einzuberufen, da die Sowjetunion in eine friedliche Entwicklungsperiode eingetreten und insdane sei, die Hauptgrundzüge ihrer Politik für längere Zeit festzulegen, wurde vom Kongress einstimmig angenommen und ebenso die darauf bezügliche Abänderung der Verfassung. Darauf wurde der Rätekongress geschlossen.

Das neue norwegische Heeresgesetz ist vom Parlament angenommen worden. Das jährliche Wehrbudget beträgt 40 Millionen Kronen gegenüber bisher 46 Millionen und verteilt sich mit 27½ Millionen auf das Heer und 12½ Millionen auf die Flotte. Außerdem sind bis auf weiteres 10 Millionen jährlich für Reorganisationen in Aussicht genommen. Die Dienstzeit wird weiter eingeschränkt und umfaßt bei der Infanterie nunmehr eine Rekrutenausbildung von 72 Tagen und zwei Regimentsübungen von je 24 Tagen. Allerdings wird diese Beschränkung erst nach und nach durchgeführt.

Baumblüte an der Meise.

Das schnelle Wachstum Berlins hat es mit sich gebracht, daß der Berliner in seiner Reizung zur Anbetung der großen Zahl allzu leicht in den Fehler verfällt, alle anderen Gemeinwesen ringsum gering zu schätzen. Und das ist nicht gut. Denn er denkt nicht daran, daß es gerade Berlin ist, das den kleineren Städten in der Provinz Brandenburg den Atem genommen hat. Was nach Berlin kommt, ist tatsächlich nur Mittelstadt: Brandenburg, Prenzlau, selbst Kottbus und Frankfurt. Und was weiß der Berliner von Guben? Die Gubener selbst wissen, daß man in Berlin meint, ihre Stadt liege in Schlesien oder gar in Sachsen. (Uebrigens: von 1635 bis 1815 war sie wirklich sächsisch!) Um dem und anderen Mißurteilen abzuwehren, kam man im Gubener Verschönerungs- und Verkehrsverein auf den guten Gedanken, seine Führer auch mal nach Berlin auszustrecken.

Der Berliner schwört nur auf Werders Baumblüte. Soll er! Aber man würde lügen, wenn man die Gubener Reizehöhen und die dahinter liegenden Hügelketten gesehen hat und nur sagt: Auch ganz nett! Man stelle sich vor, man kommt aus einer mit allem kommunal-hygienischen Komfort unserer Zeit versehenen Stadt von 45 000 Einwohnern heraus und ist in zehn Minuten mitten in einem Blütenparadies! Man klettert durch gewundene Wege zu mancherlei Höhen empor und blickt dort oben in unabsehbare Fernen und hat doch zugleich das Bewußtsein der Nähe der Menschen. Zehn Minuten abwärts und man ist wieder im Strom der Zeit. Ob aber auf den Höhen, ob drunten in der Stadt, man merkt es überall, daß die Gubener nicht umsonst zweihundert Jahre zu den Kur- und Kaffee-sachsen gehört haben, sie sind urgemütliche Leute, ganz anders geriebt als in der gar nicht weit gelegenen preußisch-sächsischen Regierungshauptstadt Frankfurt. Und noch eins kommt hinzu: Guben ist 600 Jahre lang eine Weinstadt gewesen. Man hat einen guten trinkbaren Tropfen gebaut, der weit über Land gegangen ist. Aber als dann mit dem Aufkommen der Eisenbahn der westliche deutsche Wein in alle deutschen Gauen gebracht wurde, da war es doch mit der Weinherrlichkeit vorbei. Die Gubener Winzer aber jammernten

nicht wie die rheinischen und sie waren auch der hohen Obrigkeit nicht die Asten aus den Fenstern, sondern stellten sich un auf Obstbau. Heute aber ist man bereits dabei, sich erneut umzustellen: Berlins Verbrauch an Frühgemüse ist enorm. Aus Holland wird für viele Millionen Goldmark eingeführt. Guben ist im Begriff, aus einer Obst- eine Frühgemüsestadt zu werden. Hektar um Hektar wird unter Glas gelegt.

Die Stadt selber ist, was kein Mensch ahnt, die Wiege der deutschen Hutindustrie. Die „Berlin-Gubener Hutindustrie“ mit fünf Fabriken und 4000 Arbeitern ist die größte. Auch die Textilindustrie ist rühmendwert. Das Wertwürdige und Erfreuliche ist, daß man von der Industrie nichts merkt. Und wenn man hinfährt — die Reichsbahn gibt für 3,90 M. Wochenendkarten aus — und man sich an der Blütenpracht, die nach der Kirchblüte die Apfelblüte zeitigt, ergötzt hat, dann soll man auch den Leib pflegen. Bei den Gubener Spezialitäten: Grühwürst, Rindzungen und einem billigen feinen Apfelwein, wie man will, mit oder ohne Alkohol, läßt sich wohl sein. Sehr wohl sogar, selbst dann, wenn man als bescheidener Wandersmann mit Glücksgütern nicht gezeugt ist.

Da es keineswegs nur in Werder eine sehenswerte Baumblüte gibt, hatte sich die Reichsbahndirektion Berlin entschlossen, den Berlinern auch eine andere immerhin noch in der Mark zu findende Baumblüte mittels Extrazug zugänglich zu machen, der nach der Reizehöhe Guben dirigiert werden sollte. Leider war der lobenswerte Versuch der Reichsbahn nicht von Erfolg gekrönt, denn die Berliner zogen es vor, am vergangenen Sonntag in den Federn zu bleiben. Die zum Extrazug Bekommenen wurden in den fahrplanmäßigen Zug verfrachtet, der denn auch schließlich in Guben landete. Und in der Tat, die Fahrt lohnte sich. Ein Blütenfest an der Meise ist ein Erlebnis. Die Berliner sollten die Bemühungen der Direktion, auch weitergelegene Teile der Mark Brandenburg durch Extrazüge zu erschließen, unbedingt unterstützen.

Eine „eheliche“ Braut.

Das Erlebnis eines Deutsch-Amerikaners.

Wenn es auch immer heißt, die Frauen seien schlecht, raffiniert und unberechenbar, so soll das folgende Beispiel den schlagenenden Beweis liefern, wie sehr Unrecht man ihnen zuweilen doch tut.

Verne da ein Deutsch-Amerikaner, der sich von seiner strammen Arbeit drüben hier in der Heimat ein wenig erholen und des Lebens fröhlich-fröhliche Seite samt dazu gehöriger halber Weiblichkeit aufs neue genießen wollte, in einer fröhlichen Kneipe ein nettes, kleines Mädchen kennen. Das ausgehungerte Herz fing allsogleich Flamme, der Alkohol tat das seinige, man kaufte beim nächsten Juwelier die Ringe und schon war der Bund fürs Leben durch eine richtiggehende Verlobung besiegelt. Das Fest wurde nach allen Regeln alkoholischen Genießertums gefeiert und das Ende vom Liede war, daß der glückliche Bräutigam, ungewohnt des vielen Trinkens, selig einschlief. Das Bräutchen empfahl sich nicht weiter und entfiel dem in der heimatischen Gefilde. Wer beschrieb nun das Entsetzen des allmählich erwachenden Bräutigams, als er Uhr, Brieftasche und Verlobungsring als nicht mehr vorhanden feststellen mußte. Ein Unglück kommt selten allein und es fiel seinem dämmrigen Bewußtsein ein, daß er, wie welland Cisa von Brabant weder Stand noch Art der geliebten Braut wußte. Er wandte sich an die Kriminalpolizei, die auch alsbald die Personalkarte der Entschwundenen feststellte und ihr einen Besuch abstatten wollte. Sie traf sie aber nicht zu Hause an und ging nochmals nach dem Lokal, um vielleicht dort Näheres über das Mädchen zu erfahren. Abermaliger Schreck, jedoch diesmal ein freudiger — die Braut war hier bereits anwesend, hatte Brieftasche, Uhr und Ring mitgebracht und erzählte, sie hätte die Sachen heimlich an sich genommen, damit sie nicht vielleicht in unrechte Hände geraten könnten.

Inzwischen erlitten auch der Bräutigam wieder und — gerührt von sozial aufopfernder Menschenliebe — schloß er all die wiedergefundenen Kleinodien mit der Braut in seine Arme und gedenkt in Kürze mit der auf diese Weise glücklich Erheirateten nach Amerika abzukommen.

Polizei und Stahlhelmtag.

Der Allgemeine Preussische Polizeibeamtensverband, eine auf freigewerkschaftlichem Boden stehende, dem Allgemeinen Deutschen Beamtentum angeschlossene Organisation, erläßt zum bevorstehenden Stahlhelmtag folgenden Aufruf:

„An die Polizeibeamten Groß-Berlins! Kollegen! Am 7. und 8. Mai veranstalten die sogenannten „Vaterländischen Verbände“, insbesondere der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, ein Treffen im republikanischen Berlin. Es ist damit zu rechnen, daß diese Veranstaltung zu Zusammenstößen mit Andersdenkenden führt und Ruhe und Ordnung erheblich gestört werden. Der schon nicht leichte Dienst der Polizei wird hierdurch noch bedeutend erschwert. Kollegen! Da heißt's klaren Kopf und starke Nerven. Die Ruhe und Besonnenheit nicht verlieren! Insbesondere aber muß die Polizei gerade an diesem Tage sich ihres Eides und der daraus sich ergebenden Pflicht bewußt sein, nämlich: Das Ansehen der Republik zu wahren und diese zu schützen. Kollegen! Denkt am 7. und 8. Mai daran, daß Ihr republikanische Polizeibeamte seid, daß man auf jeden von Euch an diesem Tage ganz besonders sieht. Tut Euren Dienst, wie es die Republik von Euch verlangt und seid Euch Eurer großen Aufgabe bewußt. Laßt Euch von keiner Seite provozieren! Vor allem habt die Augen auf! Wehret uns, Euren Verband, Euren Beamtenschaftlichen sofort, wenn Ihr zu Dingen besohlen oder verwandt werden sollt, die Ihr als Republikaner nicht tun dürft. Wie sind dessen gewiß, Kollegen, daß Ihr gerade an diesem Tage aller Welt zeigt, daß die Berliner Polizei „republikanisch“ und verlässlich ist. Besondere Vorfälle bitten wir uns sofort mündlich oder telephonisch zu melden. Unser Verbandsbureau richtet für den 7. und 8. Mai Dauerdienst ein. Der Vorstand des Allgemeinen Preussischen Polizeibeamtensverbandes, Betnarek, Reng, Hildebrandt.“

Der Verband der preussischen Polizeibeamten (Schraderverband) nimmt zu den Dingen in folgender Weise Stellung, wie aus den Mitteilungen seines Vorsitzenden hervorgeht: Die Berliner Polizei wird am 7. und 8. Mai die ihrer horrenden Aufgaben nur dann in einwandfreier, dem Wohl der gesamten Öffentlichkeit dienenden Weise lösen können, wenn an diesen Tagen ein unbedingt enges, durch nichts zu erschlauerndes Vertrauensverhältnis zwischen Mannschaft und Führer besteht wird. Wenn das nicht der Fall ist, würde die Polizei ihre Aufgabe nicht zu lösen vermögen. Die Polizeibeamten bedauern allerdings, und dies muß gesagt werden, daß die maßgebenden Behörden am 7. und 8. Mai das „Spiel mit dem Feuer“ überhaupt zugelassen haben. Denn in Berlin ist der Platz, auf dem politische Meinungsverschiedenheiten nicht immer nur mit den Waffen des Geistes ausgetragen wird. Jeder Polizeibeamte muß am 7. und 8. Mai seine volle Pflicht tun, und niemand darf sich von einer parteipolitischen Einstellung leiten lassen. Die Beamten haben im Gegenteil die Pflicht, gerade in diesen Tagen zu zeigen, daß die Sicherheitsbeamten über den Parteien stehen. Die

Polizeibeamten erwarten aber auch von den maßgebenden Stellen, daß für die starke Inanspruchnahme, der sich die Beamten zu unterziehen haben, nicht lediglich der Dank der Regierung ihnen ausgesprochen, sondern daß die Anerkennung in wirtschaftlicher Form ihnen zuteil werden wird.

Ueberschwemmung in einer Laubenkolonie.

Die Feuerwehr wurde heute früh gegen 9 Uhr nach der Kolonie „Hermannshöhe“ gerufen, die an der Berliner Straße in Weihensee liegt. Auf den Alarm „Ueberschwemmung — Menschenleben in Gefahr“ rückten zwei Löschzüge an die Gefahrenstätte. Das gesamte Laubengelände in einem Umfang von vielen Morgen stand völlig unter Wasser. Die starken Regenschläge der letzten Tage hatten den Boden derart mit Feuchtigkeit gesättigt, daß sich mehrere große Seen stauten. Als heute früh einige Siedler, die draußen wohnen, an ihre Arbeitsstätte gehen wollten, war ihnen der Weg durch die Wassermengen versperrt. Einzelne Lauben standen bis zu einem halben Meter und darüber unter Wasser. Unmittelbare Gefahr für das Leben der Siedler, die allerdings großen Schaden erlitten haben, bestand jedoch nicht. Die alarmierte Feuerwehr arbeitete während des ganzen Vormittags ununterbrochen mit zwei Motorpumpen, um die gewaltigen Wassermengen zu entfernen.

Das Unwetter im Reich.

Die Nachrichten über die Unwetter- und Hochwasserschäden aus dem Reich und dem Ausland nehmen immer beunruhigendere Formen an. In Deutschland besonders scheinen sich die verheerlichen Ueberschwemmungen des vergangenen Jahres wiederholen zu wollen.

Die aus dem Oberlauf der Oder gemeldete große Hochwasserwelle hat in ihren Ausläufern das Gebiet von Schwedt-Garz an der Oder erreicht. Auf dem Steintiner Haff sanken bei dem schweren Unwetter zwei mit Ries beladene Rähne. Während die Befahrung des einen sich retten konnte, extrant von dem anderen der Schiffer Max Schmidt mit Frau und Kind. — Auf mecklenburgischem Gebiet ist das Wasser bis heute vormittag wieder um drei Zentimeter gestiegen. Unaußersam dringen die Wassermassen in die Deiche der Süde. Die Elbdeiche scheinen vorläufig nicht gefährdet zu sein, da der orkanartige Sturm nachgelassen hat. — In Ostpreußen hat der Sturm am gestrigen Tage mannigfachen Schaden angerichtet. Infolge des mit einer Sekundengeschwindigkeit von 22 Metern aus dem Haff in den Bregel drückenden Sturmes klagte der Fluß 1,40 Meter über seine normale Höhe. Der Maschinenraum der neuen Eisenbahnbrücke wurde unter Wasser gesetzt. Das Hochwasser reicht bis Tapiau.

Kuhnert protestiert gegen seine Auslieferung.

Der in Paris verhaftete Bantier Kuhnert hat gegen die von der Reichsregierung beantragte Auslieferung bei dem zuständigen französischen Gerichtshof Einspruch erhoben. Das Gericht ist aber über diese Einwendungen hinweggegangen und hat sie nicht für stichhaltig erklärt. Infolgedessen hat die französische Regierung sofort durch Dekret die Auslieferung des Kuhnert verfügt. Kuhnert wird jedenfalls in den nächsten Tagen an der Grenze den deutschen Behörden ausgeliefert werden.

Sie wollen keine Stahlhelmer. Der Bächter der Unionstraße 222 teilt uns mit, daß auch er die Aufnahme von Stahlhelmlisten anlässlich des Stahlhelmtages abgelehnt hat.

Ein eigenartiger Unfall trug sich gestern abend gegen 6 Uhr im Hause Fichtestraße 11 in Steglitz zu. Der 52-jährige Saitler Gustav Sch., der mit Lederwaren haufierte, stürzte aus der Höhe des dritten Stockwerkes den Treppenschacht hinab, wo er schwerverletzt liegen blieb. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den infolge doppelten Schädelbruchs eingetretenen Tod feststellen. Nach den angestellten polizeilichen Ermittlungen handelt es sich um einen Unglücksfall.

Mitteldeutscher Reichsbannerfest in Nordhausen. Das mitteldeutsche Reichsbannerfest, an dem sich alle mitteldeutschen Gauen beteiligen, findet in diesem Jahre zu Pfingsten in der tausendjährigen Stadt Nordhausen am Harz statt. Man rechnet mit einem Aufmarsch von 12 000 bis 15 000 Reichsbannerkämpfern. Eine Reihe von Führern im republikanischen Deutschland ist eingeladen, mehrere davon haben bereits zugesagt. Verbunden mit dieser großen Kundgebung für die Republik ist die Enthüllung eines Friedrich-Ebert-Denkmal, die als Höhepunkt des Jubiläumjahres der alten Freien Reichsstadt gedacht ist. Nordhausen ist nach heute eine Hochburg des freien Gedankens, wie es aus seinem Stolz schon ein halbes Jahrtausend lang war. Schon 1375 gaben sich Nordhausens Bürger und Handwerker nach der Verfassung der patriotischen Geschlechter eine eigene demokratische Verfassung, die bis in das 19. Jahrhundert wenig verändert erhalten blieb.

Zur Mai-Kundgebung! Seid alle am 1. Mai, 1 Uhr nachmittags, im Lustgarten!

Um die Arbeitszeit in den Gaswerken.

Wie der Arbeiterschutz sabotiert werden soll.

Bei der Durchführung der Verordnung vom 9. Februar 1927 über die Arbeitszeit in den Gaswerken stößt die Arbeiterschaft, wie uns aus verschiedenen Orten gemeldet wird, auf Schwierigkeiten. Die Verwaltungen berufen sich auf eine Ausnahme des Reichsarbeitsvertrages. Dieser stützt sich dabei auf die Auffassung, daß der § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 und damit auch die Sonderverordnung vom 9. Februar 1927 nur eine Ueberschreitung der Arbeitszeit gemäß § 1 A.Z.V. verbietet, die auf Grund tariflicher Vereinbarungen oder behördlicher Zulassung eingeführt ist. Wie kraft Gesetzes zugelassenen Ausnahmen zur Ueberschreitung, also die Ausnahmen gemäß §§ 2, 3, 4, 10 und 11 Abs. 3 der A.Z.V. vom 21. Dezember 1923, ferner die Sonntagsarbeit überhaupt und die sechzehnstündige Wechselzeit gemäß Artikel IV der Verordnung vom 23. November 1918 bleiben von dem § 7 und der Sonderverordnung unberührt, können also zur Anwendung kommen.

Diese Auffassung ist nicht richtig. Der Reichsarbeitsminister hat in seinem Bescheid vom 3. Juli 1924 (Reichsarbeitsblatt 1924 Nr. 14, Seite 279) ganz eindeutig gesagt, daß Ausnahmen für die in § 7 genannten oder noch zu benennenden Gewerbezeile oder Gruppen von Arbeitern zur Ueberschreitung der in § 1 festgesetzten Arbeitszeit nur durch Tarifvertrag oder durch behördliche Zulassung, und eben nur auf diesem Wege und nur im Umfang des § 7 bzw. § 9 möglich und zulässig ist. Hiermit wird einwandfrei bestätigt, daß der § 7 eine Schutzvorschrift ist, wie er es auch nach seinem ganzen Wortlaut zweifelslos sein soll. Eine Schutzvorschrift kann aber unmöglich dazu dienen, die unter Schutz gestellten Arbeitnehmer noch besonders zu belasten.

Noch keine Ordnung im Kraftdroschkenbetrieb

Etwa 1500 Chauffeure nicht wieder eingestellt.

Der durch verbindlich erklärten Schiedspruch beendete Lohnkonflikt wurde bekanntlich von den Unternehmern durch Ausparierungen der Kraftdroschkenfahrer in anderer Form weitergeführt, um die Forderung der Unternehmer auf Einführung der Nummernsperrre durchzusetzen.

Die Unternehmer scheinen in dieser Richtung durch Verhandlungen Erfolge zu erzielen. Sie haben daher die für heute anberaumte Versammlung auf Freitag verlagert, nachdem sie ihren Stilllegungsbescheid preisgegeben hatten. Die Organisationen der Unternehmer haben ihren Mitglieder auch die volle Wiederaufnahme ihres Betriebes empfohlen, allein drei von den Großbetrieben haben sich ihren Betrieb noch nicht wieder aufgenommen. Es sind dies die Panzer K.-G., die Charlottenburger Kraftfahrzeugwerke und die Kandelhardt K.-G., die etwa 1500 Fahrer beschäftigten.

Bei den weiteren behördlichen Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden müßte zunächst Klarheit darüber geschaffen werden, ob und wann nun diese 1500 Fahrer wieder eingestellt werden. Willen die genannten drei Firmen den Betrieb überhaupt nicht wieder aufnehmen, dann würde sich wohl eine Nummernsperrre erübrigen, da dann ein ansehnlicher Teil der Konkurrenz ohne weiteres ausgeschaltet wäre. Jedenfalls dürfen die 1500 Ausgesperrten nicht länger mehr hingehalten und in dem Spiel der Unternehmer als Fangball mißbraucht werden.

Die Ueberstunden der Landesversicherungsanstalt.

Vom Verband der Maler erhalten wir folgende Zuschrift:

Im Januar haben wir uns gezwungen, bei der Landesversicherungsanstalt Berlin eine Beschwerde wegen ständiger Ueberstundenarbeit bei Ausführung von Malerarbeiten zu erheben. Trotzdem 50 bis 60 Proz. Maler arbeitslos waren, wurden bei der Renovierung der Räume im „Königlichen Park“ ständig Ueberstunden geleistet. Weil die Firma G. Schmidt diese Ueberstunden machen ließ, erhielt diese Firma weitere Aufträge der Landesversicherungsanstalt zur Renovierung der Heilstätte Beelitz. Die in der Heilstätte zur Kur weilenden Kranken triffen der Organisation entrüstet mit, daß ständig Ueberstunden von den bei der Firma Schmidt Beschäftigten geleistet werden.

Die von der Organisation zweimal verständigte Bauleitung der Landesversicherung lehnte die Abstellung der Ueberstundenchieberei ab. Darauf wurde an den Vorstehenden der Landesversicherung Berlin eine eingehende Beschwerde gerichtet.

Was wurde erreicht? Nach sechs Wochen kam folgende lakonische Mitteilung:

Zum Schreiben vom 27. Januar 1927.

Wir haben veranlaßt, daß nicht mehr mit Ueberstunden gearbeitet wird.

Von der Organisation weiter ausgeführte Kontrollen stellten dagegen fest, daß bis heute noch zehn Stunden täglich in der Heilstätte von den dort beschäftigten Malern gearbeitet worden ist. Die Bauleitung der Landesversicherung hat trotz dem Bescheid des Vorstehenden bis heute zehn Stunden arbeiten lassen. Obendrein sind der „tüchtigen“ Firma weitere Aufträge für Beelitz erteilt worden. Die Bauleitung hat auch keine Zeit, eine Prüfung der in Afford ausgeführten Malerarbeiten vorzunehmen, was mindestens notwendig wäre.

Sind zu den Liegehallen die im Anschlag bedingten Rostfarben oder Leimfarben verwendet worden? Die Firma Schmidt hat sich einen Vertrag von ihren Arbeitern unterschreiben lassen, wonach die Auszahlung des Affordüberschusses nur nach Abnahme und Auszahlung durch die Landesversicherung erfolge. Als Kuriosum diene der Schlußsatz dieses Musteraffordvertrages:

„Unter Ausschaltung jeder Berufung an irgend eine andere Instanz, unterworfen sich die Unterzeichneten allein dem Gutachten des Geschäftsinhabers Herrn G. S., von dessen Berechtigtkeitsinn sie voll überzeugt sind.“

Geflesen und anerkannt.“

Der „Berechtigtesten“ hat die Firma nicht veranlaßt, Affordzahlung vorzunehmen, sondern trotz dieser Vereinbarung ist zur Entscheidung das Gewerbegericht angerufen worden.

Es wäre zweckmäßig, wenn die vorgelegte Dienstbehörde sich etwas mehr um die Bauleitung kümmern würde.

Magistrat und Arbeitsnachweisangestellte.

In einer Versammlung der Angestellten der Facharbeitsnachweise wurde lebhaft geklagt über die ablehnende Haltung des Magistrats gegen einstimmige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamtes und der Stadtverordnetenversammlung.

Nach dem vom Reich und Preußen von der Stadt Berlin übernommenen Besoldungsvorschriften sind den Beamten und Angestellten Privatbeschäftigungszeiten, soweit sie von Ruhen für die Dienststelle sind, auf das Besoldungsdienstalter anzurechnen; dies trifft ganz besonders für die Arbeitsvermittler zu.

Was aber tut der Magistrat? Durch ein ausgeklügeltes System werden diese Zeiten derart niedrig bewertet, daß selbst im Alter von 50 Jahren noch kein Jahr zur Anrechnung auf das Grundgehalt der Beschäftigungsgruppe übrig bleibt.

Von 100 Facharbeitsvermittlern wurden insofern nur drei, die bereits über 56 Jahre alt waren, einige Jahre angerechnet, den übrigen, obwohl sie beim Eintritt in den Arbeitsnachweis in der Mehrzahl über 40 Jahre alt waren, wurde nichts angerechnet. Keine Kategorie von Angestellten wird in bezug auf Anrechnung von Vorbienzeiten so steinmütterlich behandelt wie die Arbeitsvermittler, trotz ihres aufreibenden Dienstes.

Seit drei Jahren bemüht sich die Angestelltenvertretung, den berechtigten Wünschen Gehör zu verschaffen, doch alle ausführlich begründeten Anträge, ja selbst einstimmige Beschlüsse der zuständigen Körperschaften ließ der Magistrat unbeachtet. Die Vertretung der Angestellten wurde beauftragt, energische Schritte bei den zuständigen Stellen zu unternehmen, um endlich den Angestellten zu ihrem Recht zu verhelfen.

Lohnvereinbarung in der Beseerschiffahrt.

Dortmund, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Lohnstreit in der Beseerschiffahrt wurde heute in der Verhandlung vor dem Schlichter eine Vereinbarung getroffen, wonach die Löhne und Vergütungen ab 15. April um 7 Proz. erhöht werden.

Metallarbeiterstreik im Saargebiet.

Saarbrücken, 27. April. (W.T.B.) Wie die „Saarbrücker Zeitung“ meldet, haben die drei Metallarbeiterverbände, die freien Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften, gestern in einer Versammlung den sofortigen Eintritt in den Streik beschlossen. Der Streik richtet sich, wie in der Versammlung erklärt wurde, gegen den Lohnabbau in der weiterverarbeitenden Industrie. Es sollen sofort Verhandlungen mit den Arbeitgebern, aufgenommen werden, um diese zu einer Wiederherstellung des Lohnabbaues zu bewegen. Den von den Arbeitgebern angenommenen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses haben die Arbeiter abgelehnt.

Erfolge der freien Gewerkschaften.

Bochum, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Betriebsratswahlen im linksrheinischen Braunkohlenrevier und im rechtsrheinischen Erzbergbau liegen nunmehr die Ergebnisse vollständig vor. Die Wahlergebnisse zeigen, daß in beiden Bezirken die freien Gewerkschaften dominieren und daß es weder den christlichen noch den mit dem Stahlhelm verbundenen gelben Gewerkschaften möglich gewesen ist, den freien Gewerkschaften Abbruch zu tun. Die Wahlbeteiligung war auf einzelnen Gruben sehr stark und betrug bis zu 97 Proz. Insgesamt erhielten Mandate: die freien Gewerkschaften 146, die christlichen 73, die gelben 1; dazu kommt ein Mandat der Unorganisierten. Gemessen an dem Ergebnis des Vorjahres darf man dieses Resultat als sehr günstig bezeichnen.

Eine Staatsaktion in Prag.

Weil die Straßenbahner den 1. Mai feiern wollen.

Prag, 27. April. (W.T.B.) Wie die Blätter melden, bereitet das Eisenbahnministerium für den Fall, daß bei der Prager elektrischen Straßenbahn am 1. Mai der Betrieb nicht aufrechterhalten würde, die schärfsten Maßnahmen vor. Gegebenenfalls soll ein Regierungskommissar ernannt werden, der die Aufrechterhaltung des Betriebes diktiert würde. Die Angestellten der Prager elektrischen Straßenbahn hatten in den letzten Tagen über die Aufrechterhaltung des Betriebes der Straßenbahn abgestimmt und die vom Ministerium erhobene Forderung der Aufrechterhaltung des Verkehrs mit 2174 gegen 264 Stimmen abgelehnt.

Wenn der Eisenbahnminister der Tschechoslowakei weiter keine Sorge hat als die, daß am nächsten Sonntag in Prag die Straßenbahn stillsteht, dann ist der Mann beneidenswert samt seinem Amt. Die große Masse der Bevölkerung würde sich an diesem Tage sicherlich ohne Straßenbahn zu behelfen wissen, die Oberschicht aber kann Auto fahren. Die Aufregung kam den aufgeregten „Schärfsten Maßnahmen“ richteten sich offenbar gegen die Feier des 1. Mai. Die Herren im Eisenbahnministerium bedauern wohl gar, daß nicht der Belagerungszustand für den 1. Mai verhängt werden kann.

Kommunistische Politik.

Paris, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Konflikt in den Citroën-Werken, der beigelegt schien, da die Fabrik die

zehntausend ausgesperrten Arbeiter wieder einstellte, ist am Dienstag wieder ausgebrochen. Auf Grund von Aufrufen der kommunistischen Gewerkschaften haben am Dienstag rund 1500 Arbeiter, die am Tage zuvor wieder eingestellt worden waren, die Arbeit niedergelegt, ohne im übrigen irgendwelche Lohnforderungen zu stellen. Sie durchzogen, die Internationale singend, die Fabrikräume und begaben sich zu einer vom kommunistischen Metallarbeiterverband einberufenen Versammlung. Infolgedessen hat die Fabrikleitung am Dienstag nachmittag 2 Uhr sämtliche Werke geschlossen. In einer Mitteilung an die Presse betont Citroën, daß seiner Ansicht nach die Niederlegung der Arbeit völlig grundlos und nur auf kommunistische Hetzarbeit zurückzuführen sei. Eine geordnete Weiterführung der Arbeit sei aber unter diesen Umständen nicht möglich. Durch die Schließung der Werke werden 30 000 Arbeiter brotlos.

Obleute der Maurer und Hilfsarbeiter. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Canal 3. Obleuteversammlung. Bericht von den Verhandlungen vor dem Haupttribunal. Die Beiratsobleute und ihre Stellvertreter der Fachgruppe der Maurer und Hilfsarbeiter müssen pünktlich zur Stelle sein. Baugewerkschaft Berlin, Fachgruppenleitung.

Allgemeiner preussischer Polizeibeamtensverband. Morgen (Donnerstag) den 28. d. M., abends 7 1/2 Uhr: Vollerversammlung der Berliner Polizeibeamten in den Sommerfäden, Letzter Str. 1-4. Die neue Dienstregelung (48-Stunden-Woche mit 8-stündiger Abfolge). Referat: Verbandsvorsitzender Beinaerd (Fortsetzung des V.A. beim Kommando Altes). Es wird erwartet, daß sämtliche Berliner Polizeibeamten, die im Straßenaufsichtsdienst stehen, zur Versammlung erscheinen. Bezirk Groß-Berlin. J. A. Beinaerd.

Wirtschaft

Schwere Schnitte in einer amtlichen Denkschrift.

In der von Kuczynski herausgegebenen „Finanzpolitischen Korrespondenz“ wird auf Fehler in einer Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes hingewiesen (türlich von Herrn von Reubell dem Reichstag vorgelegt), die für die Gedankenslosigkeit, mit der Reichstag und Öffentlichkeit von der Bureaukratie mit Berechnungen versehen werden, ein kaum glaubliches Beispiel sind. Nach dieser Denkschrift kamen im Jahre 1912 auf jeden Einwohner des Deutschen Reiches pro Tag 0,82 Liter Milch, im Jahre 1925 pro Tag 0,70 Liter Milch, und zwar aus der deutschen Eigenzeugung. Rechnet man den Einfuhrüberschuß von frischer Voll- und Ragermilch hinzu, so erhöht sich nach der Denkschrift die auf jeden Einwohner pro Tag entfallende Milchmenge im Jahre 1912 auf 1,31 Liter, im Jahre 1925 auf 1,57 Liter. Diese Berechnung ist falsch. Nach der Feststellung der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ passiert es nämlich den verantwortlichen Beamten, daß der Einfuhrüberschuß des ganzen Jahres auf jeden Einwohner für den Tag umgelegt wird. Während der Einfuhrüberschuß 1925 in Wirklichkeit nur 54 Millionen Liter betragen habe, müßten nach der Rechnung des Reichsgesundheitsamtes 19 Milliarden Liter eingeführt worden sein. Da die jährliche Milchausfuhr aller Länder der Welt nach der Feststellung der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ nur etwa eine halbe Million Tonnen (einschließlich Kondensmilch) beträgt, ergäbe die Berechnung des Reichsgesundheitsamtes eine Einfuhr nach Deutschland allein von 19 Millionen Tonnen. Das sind für die Beamten des Reichsgesundheitsamtes und auch für Herrn von Reubell äußerst wenig schmeichelhafte Feststellungen. Für den Reichstag und die Öffentlichkeit aber eine neue Warnung, amtlichen Veröffentlichungen mit großer Vorsicht gegenüberzustellen.

Merkwürdige Praktiken der Märkischen Elektrizitäts-Werke A.G.

Die Märkische Elektrizitätswerke A. G. ist mit 100 Proz. ihres 30-Millionen-Markkapitals öffentliches Unternehmen. Die Aktien befinden sich in der Hand der Provinz Brandenburg bzw. ihrer Kreise und Städte. Es kann nicht scharf genug verurteilt werden, daß diese Unternehmung von ihrer letzten Generalversammlung, die die Genehmigung der Bilanz und die Erhöhung des Aktienkapitals von 30 auf 50 Millionen Mark zu beschließen hatte, die Öffentlichkeit ausgeschlossen hat. In einem außerordentlich dürftigen Kommuniqué wird mitgeteilt, daß die Bilanz genehmigt wurde, ebenso die Erhöhung des Aktienkapitals um 20 Millionen Mark. Die Kapitalerhöhung wird mit der Notwendigkeit begründet, neue Mittel zur Durchführung laufender Aufgaben zu beschaffen und ferner mit der Absicht, in die Aufgaben der Gesellschaft auch die Gasfernversorgung einzubeziehen. Gerade der letzte Punkt, der sich vielleicht auf neue Schwelungenanlagen in Finkenheerd bezieht, könnte angesichts des großen öffentlichen Interesses für die Gasfernversorgung, um die Pläne der M.E.W. nicht zu gefährden, als Grund für den Ausschluß der Öffentlichkeit gelten. Wir glauben aber, daß der Hinweis in dem Kommuniqué auf die Pläne, der ja doch gemacht wird, den Absichten unter Umständen gefährlicher sein kann, als wenn die dafür erforderlichen Mitteilungen an die Generalversammlung in voller Öffentlichkeit gemacht worden wären. Im übrigen war das Jahresergebnis der M.E.W. wieder recht günstig. Der Stromabsatz hat sich trotz des zeitweise starken Rückganges des industriellen Stromverbrauchs um rund 10,4 Proz. auf 312,16 Millionen Kilowattstunden erhöht. Dabei sind die Stromverkaufspreise weiter gesunken. Die Anzahl der versorgten Städte und Ortschaften hat sich um 114 auf 3180 erhöht. Die Leistung des Kraftwerkes Finkenheerd wird nach Fertigstellung des jetzt erfolgenden dritten Ausbaues rund 90 000 Kilowatt erreichen. Aus dem von 2,41 auf 3,06 Millionen erhöhten Reingewinn wird auf das 30-Millionen-Kapital wie im Vorjahre ein Gewinnanteil von 10 Proz. an die öffentlichen Aktionäre abgeführt. Der Wert der Anlagen ist bedeutend erhöht: Kraftwerke und Grubenanlagen von 16,5 auf 21,63 und Leitungsnetze von 33,58 auf 42,10 Millionen Mark.

Verantwortlich für Inhalt: Dietrich Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Krebs; Chronik: Heubertson; R. A. Böcker; Politik und Konflikte: Feig; Redaktionsrat: E. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckverlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Am 24. April verstarb infolge eines Herzschlages unser lieber Mitarbeiter, der Korrektor
Otto Dünnbell
im Alter von 62 Jahren.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Gesamtpersonal der Buchdruckerei
Poh & Carlew A.-G., Berlin
Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 28. April, mittags 12 Uhr, in Baumfalkenweg statt.


Armband- u. Taschenuhren
Mein Schlager
Damen-Armbanduhren 14 kar. Gold 26 M.
Silberne Herren - Armbanduhren 13 M.
Große Auswahl in jeder Preislage.
Herm. Wiese, Berlin N., Artilleriestr. 30
Nähe Oranienburger Tor
Garantie für jede bei mir gekaufte Uhr


Guatemala
Kaffee Import
A WIATRAK NACHE
Hugo Baumgärtner
Berlin SO 16.
Köpenicker Str. 75
Moritzplatz 3020
Verkaufsstellen:
Köpenicker Straße 75. Steglitz, Bismarckstraße 64a. Lankwitz, Bruchwitzstraße 6.
Berlin N., Müllerstr. 153a
Neukölln, Kottbuser Damm 103
Neu eröffnet: Alte Schönhauser Straße 46


Malton-Weine
anerkannt beste
Stärkungsweine
aus Malz
für Kranke, Schwache, Erholungsbedürftige und auch für Gesunde.
Seit 1895 im Handel und ärztlich empfohlen.
Deutsche Malton-Gesellschaft m. b. H.
Wandsbek - Hamburg.
Niederlage:
Ostwerke Aktiengesellschaft
Zweigniederlassung Wandsbek - Hamburg.
Vertriebsstelle Berlin N 4, Chausseestr. 42.
Tel. Norden 710.
Zu beziehen à Mk. 2,50 pro 1/2-Literflasche durch die Apotheken, Drogerien und Feinkostgeschäfte.

Dörffler
WÜRSTCHEN + BOCKWURST
Etwas ganz Besonderes!
Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten plus u. pr. kat. 689 tr. Eisenmöbelfabrik Suhl-Thür.

Seit 1891
Unter Garantie gute und billige
Stopp- und Daunendecken
100% Metall-Bettstellen sind auflegen-
matratzen tauchen Sie bestens ab gratis!
Bernhard Strohmandel, Berlin S 14, Wallstr. 72
(Untergrundbahn Julebrücke)
Füllen aus
Sollte man, Cde. Seebitz, u. W. Nils-
burger Platz 2, Cde. Trauenaufträge.
Reparat. jed. Art. - Müllstr. Preistafel gratis.